

In dieser Ausgabe der AGRAR-HINWEISE:

- Auseinandersetzung um geplante 2.000er Milchviehanlage in Hoya
- Milchtagung in Hardehausen mit überraschenden Annäherungen
- Bürgerinitiative Wasmerslage gegen Straathof-Schweinefabrik
- 5.000 Legehennen verhungern lassen
- Weidetierhaltung und Wölfe: Großveranstaltung in Uelzen
- Gänse- und Wolfsschäden - Thema der Frühjahrstagung AbL Nds./HB
- Stadt holt sich abgepflügte Wegeränder zurück
- Torhüterin und Milchbäuerin
- Das Allerletzte – von einer Kreisbauernverbands-Versammlung

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher:

Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel

0151-11201634 – eckehard.niemann@freenet.de

Newsletter „Agrar-Hinweise“ – 07.03.2017

vorherige Ausgaben auf der Internetseite <http://www.abl-niedersachsen.de/>

Pressemitteilung

AbL-Appell an den Gemeinderat Hoya zum Stopp einer 2.000er-Milchvieh-Agrarfabrik

Der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) appelliert an alle Mitglieder des Samtgemeinderats von Hoya, ihre baurechtlich verbriefte Möglichkeit zur Verhinderung einer Milchviehanlage mit 2.000 Milchkühen und 1.000 Kälbern nun auch zu nutzen: Der Gemeinderat könne laut Novelle des Baugesetzbuchs einfach und sogar ohne Begründung gegen die Aufstellung des für gewerbliche Großanlagen erforderlichen Bebauungsplans votieren und die Agrarfabrik so definitiv verhindern.

AbL-Vertreter Eckehard Niemann kündigte an, man werde die örtlichen Bauern und Bürger bei ihrem Widerstand unterstützen. Der Investor Derboven, der bisher schon 500 Kühe und 250 Kälber halte, plane nun eine gewerbliche Tierhaltung in einem Ausmaß, die weit oberhalb der im Baugesetzbuch und im Bundesimmissionsschutz-Gesetz genannten, kritischen Grenzwerte von 600 Rindern (also 300 Kühen plus Nachzucht) liege.

Die für Anwohner und Umwelt schädliche Konzentration von Immissionen werde so noch einmal massiv gesteigert. Insofern müssten Gemeinde und Landkreis das vom Investor beauftragte und bezahlte Umweltgutachten ohnehin nicht hinnehmen, sondern selber kritisch überprüfen und die Unterlagen auf offenbare Defizite bei Zuwegung, Brandschutzaufgaben (gemäß Landesbauordnung) oder Geruchs- und Stickstoff-Immissionsgrenzen von eigenen Gutachtern prüfen lassen. Das alles erübrige sich aber bei einem Votum gegen die Aufstellung eines Bebauungsplans.

Für die zusätzlich erforderliche Futtergrundlage werde der Investor sonst weitere Höfe und Grundstücke kaufen oder pachten müssen. Allein durch die damit verbundene Erhöhung der Boden- und Pachtpreise würden andere Landwirte aus bestehenden Pachtverträgen verdrängt werden und existenziell gefährdet. Der Gemeinderat müsse sich fragen lassen, ob er sich an dieser Zerstörung ländlicher und dörflicher Strukturen wirklich beteiligen wolle.

Die AbL wies darauf hin, dass die seit Jahren andauernden ruinösen Milch-Erzeugerpreise durch die Expansion gerade auch von agrarindustriellen Wachstumsbetrieben verursacht seien, die zu den massiven Überschüssen auf dem Milchmarkt und zur Aufgabe Tausender Milchviehbetriebe geführt hätten. Während die Erzeugerpreise immer noch weit unterhalb der Kostendeckung lägen, werde diese Situation von Agrarindustriellen ausgenutzt, die ruinierte Bauernhöfe und deren Marktanteile übernahmen, um unentwegt weitere Überschüsse zu produzieren. AbL-Vertreter Niemann: „Von 2.000 Milchkühen können 20 bis 40 Bauernhöfe leben – wenn die Expansion von agrarindustriellen „Amokmelkern“ endlich politisch gestoppt wird und endlich faire Milchpreise durch weitere Milchmengen-Begrenzungs-Programme der EU durchgesetzt werden!“

2.820 Zeichen – 07.03.2017

Einige der Leserkommentare unter einer Meldung auf top agrar online zu dieser Pressemitteilung:

1. von **Heinz-Konrad Derboven** · 07.03.2017 - 16:46 Uhr **2.**
Stellungnahme

Im Folgenden möchten wir als Betroffene kurz Stellung zu dem oben Beschriebenem nehmen. Es handelt sich hierbei um eine weitsichtige Planung, einer Planung über mehrere Jahrzehnte hinweg, bei der es sich um einen Flächennutzungsplan mit Bauleitplanung handelt. Wir möchten damit festlegen, was auf unserem Standort überhaupt möglich ist. Wir gehen davon aus, dass keine 2000 Milchkühe auf unserem Standort genehmigt werden würden. Wir wollen lediglich eine Planungssicherheit für unseren landwirtschaftlichen Betrieb auf lange Sicht schaffen. Da niemand voraussagen, wie der Stand der Dinge in 20-30 Jahren sein wird, wollen wir versuchen so vorausschauend wie möglich zu denken. Sinn dieses Flächennutzungsplanes ist es auch alle Eventualitäten zu berücksichtigen, d.h. nicht, dass es so eintreffen muss. Innerhalb der nächsten Jahre haben wir nicht vor in diesem Ausmaß aufzustocken.

Das meinen unsere Leser: 20 20

2. von **Georg Nordendorf** · 07.03.2017 - 16:35 Uhr **3.**

Derartige Stallanlagen sollten von unserem Berufsstand abgelehnt werden. Meist sind es nämlich diese, welche unseren Ruf beschädigen. Es sollte auch keiner glauben, dass derartige Größen noch kostensenkend wirken. Im Gegenteil: Die Transportkosten für das Futter und die Gülleentsorgung werden aufgrund der steigenden Entfernungen zu den bewirtschafteten Flächen nicht unerheblich steigen. Darüberhinaus wird die Arbeitsorganisation auch keine nennenswerten Rationalisierungs- und Optimierungseffekte mehr erfahren. Außerdem wären da noch die Kosten fürs zusätzliche Pachtland zu erwähnen.....

Das meinen unsere Leser: 25 1

3. von **Heinrich-Bernhard Muenzebrock** · 07.03.2017 - 10:05 Uhr **5.**
Größenwahn

Die Ausweitung der Milchviehplätze und damit einhergehend eine weitere Produktionssteigerung geht weiter. Wie kann man so naiv sein und von 500 auf 2000 Kühe erweitern? Hat man durch den Schuss vor dem Bug in 2016 nichts dazugelernt? - Die Kosten pro Kuh werden sicherlich etwas geringer ausfallen. Aber welche logistische Herausforderung kommt auf den Investor zu. Wie will man die Kühe satt machen und dann noch Höchstleistungen bei der Milch erzielen?. Warum tut man es sich sowas an. Warum legt man nicht einfach die Füße hoch und lebt?. Die Kopfschmerzen bei der nächsten (vorprogrammierten) Milchkrise möchte ich nicht haben.

Das meinen unsere Leser: 125 5

4. von **Karl-Heinz Mohrmann** · 07.03.2017 - 09:00 Uhr 7.

Der DBV und der MIV und besonders der DRV wollen 3 bis 4 solcher Anlagen pro Landkreis. Das reicht. Und nach der jetzigen Machergeneration hoffen die Molkereien einsteigen zu können wenn sie es nicht schon sind. Genau das ist bei der jetzigen CDU Regierung gewollt

Das meinen unsere Leser: 114 87

5. von **Steffen Hinrichs** · 07.03.2017 - 07:48 Uhr 8.

Was geht nur in den Köpfen von solchen Investoren vor ?

Gleich vervierfachen, weil 500 Kühe noch nicht zum Leben reichen ?!

Das meinen unsere Leser: 18 5

Topagrar.com - Lesen Sie mehr auf: <https://www.topagrar.com/news/Rind-Rindernews-Widerstand-gegen-Neubau-fuer-2000-Milchkuehe-7943463.html>

NW - 07.03.2017 - Hermann Ludwig: ***Hardehausen Milchtagung in Hardehausen:*** **Diskussion um Umgang mit Molkereien**

Milchbauern diskutieren mit Referenten von Bundeskartellamt, Bauernverband und Milcherzeuger-Gemeinschaften

Hardehausen. Die Milchtagung der Katholischen Landjugendbewegung Deutschland (KLJB) und Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Hardehausen, stand ganz im Zeichen der Verunsicherung unter den Milcherzeugern über die anhaltend schlechten Auszahlungspreise besonders der großen Molkereien. Angesichts der Milchkrise freute sich Tagungsleiter Josef Jacobi über ein deutliches Signal der Zusammenarbeit, um die Krisensituation zu lösen.

„Wir arbeiten an einer Hardehausener Erklärung, die ein Zeichen nach außen geben soll. Der mögliche Schulterschluss des Bauernverbandes, der AbL und des Bundes Deutscher Milchviehalter stimmt zuversichtlich“, so deutete Biobauer Josef Jacobi aus Körbecke die Aussagen von Karsten Schmal, Präsident des Hessischen Bauernverbandes. Die Unzufriedenheit der Milchbauern verhalte auch beim Bauernverband nicht ungehört, so die Aussage Schmals. So hat aktuell ein Viertel

der Milchlieferanten des Deutschen Milchkontors (DMK) als größter deutscher Molkerei die Mitgliedschaft gekündigt. 1,7 Milliarden Kilogramm Milch, ein Viertel der gesamten Jahresliefermenge, stehen zur Disposition.

AbL - Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
Pressemitteilung, Warburg-Hardehausen / Hamm, 07.03.2017
Milchtagung: DMK-Kündiger finden Alternativen

Großes Interesse an Milcherzeuger-Gemeinschaften. Kartellamt kritisiert DMK-Verträge. Bauernverbandspräsident Schmal wirft Molkereien „Debattierclub“ vor. Züchter warnt vor Inzucht bei der Bullenwahl

Die Milcherzeuger, die bei der größten deutschen Molkerei Deutsches Milchkontor (DMK) gekündigt haben, gehen unterschiedliche Wege, aber sie finden Alternativen zu dieser Großgenossenschaft. Das zeigte sich gestern auf der Milchtagung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Katholischer Landjugendbewegung (KLJB) in Warburg-Hardehausen. Beim Deutschen Milchkontor (DMK) haben nach Angaben der Molkerei die Erzeuger derzeit 25 Prozent der Milchlieferung bis spätestens Ende 2018 gekündigt. Diese Erzeuger suchen jetzt nach neuen Absatzwegen für ihre Milch.

Auf dem Podium der Milchtagung berichteten Milcherzeuger aus unterschiedlichen Regionen des DMK-Einzugsgebietes über praktische Alternativen. **Ansgar Stockhoff und Elisabeth Jankrift** aus Glandorf bei Osnabrück haben die **Milcherzeuger-Gemeinschaft (MEG) Osnabrück** als wirtschaftlichen Verein gegründet. Diese MEG verhandelt im Auftrag der Mitglieder mit unterschiedlichen Molkereien über die Milchlieferung. „Festgelegt werden Menge, Preis und Qualitätskriterien. Wir reden da mit den Molkereien auf Augenhöhe und bestimmen selbst mit. Darauf kommt es an“, erklärte Stockhoff. 20 Millionen kg habe die MEG Osnabrück bisher gebündelt, berichtete die Schriftführerin der MEG Osnabrück Elisabeth Jankrift. Diese MEG arbeite eng mit der übergeordneten Nord-MEG zusammen, insbesondere in rechtlichen Fragen. Die MEG Osnabrück habe jüngst auch Berufskollegen im Münsterland-Kreis Coesfeld bei der Gründung einer eigenen Erzeugergemeinschaft unterstützt. Dort hätten sich Kollegen, die beim DMK gekündigt haben, aber für die Form eines Geschäftsfeldes beim bundesweiten MEG Milchboard entschieden. Das erfordere deutlich weniger Aufwand vor Ort als eine eigenständige MEG.

Antonius Tillmann, der **Kreisvorsitzende Höxter des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes (WLV)**, hat zum Ende 2017 beim DMK gekündigt. Bereits im Sommer 2015 habe er alle Milcherzeuger im Kreis zu einer Versammlung eingeladen mit dem Ziel, eine Erzeugergemeinschaft zu gründen, so Tillmann. Das Interesse daran sei aber zu gering gewesen, so dass nun eine größere Anzahl Betriebe zu einer anderen größeren Molkereigenossenschaft gewechselt sei.

Etwas anders gehen Milchbauern in der niedersächsischen Grafschaft Bentheim vor, wie **Gerhard Reinink** ausführte. Sie liefern schon bisher nicht einzeln, sondern gebündelt als eigene kleinere Genossenschaft an das DMK. Für die Zeit nach Auslaufen des Liefervertrages hat diese **Emlichheimer Milchgenossenschaft** einen neuen Abnehmer gefunden, bleibt aber als Genossenschaft weiter eigenständig.

Gegenwind hat das DMK auch vom **Bundeskartellamt** zu erwarten. Der Vorsitzende der zuständigen Beschlussabteilung, **Dr. Felix Engelsing**, ging in seinem Vortrag auf das laufende Pilotverfahren gegen die Lieferbedingungen des DMK sowie auf die weiteren Untersuchungen bei den anderen 88 Molkereien in Deutschland ein. Als kritische Punkte nannte er zum einen die Pflicht der Milcherzeuger zur Ablieferung der vollständigen Milchmenge. Diese Andienungspflicht verhindere, dass der Landwirt bei schlechten Preisen auf andere Wettbewerber ausweichen könne. Der zweite wesentliche Kritikpunkt seien die langen Kündigungsfristen von mindestens zwei Jahren gerade bei Genossenschaften wie dem DMK. Das führe dazu, dass im Milchbereich außergewöhnlich selten der Abnehmer (Molkerei) gewechselt werde. Nicht zuletzt sieht das Kartellamt auch die nachträgliche Preisfestsetzung kritisch. In dem Verfahren sei als nächstes die Veröffentlichung eines Sachstandsberichtes und der Dialog mit allen Beteiligten geplant. Falls notwendig könne das Kartellamt auch bindende Verfügungen gegen Molkereien erlassen, so Engelsing.

Karsten Schmal, Präsident des Hessischen Bauernverbandes (HBV) sparte ebenfalls nicht mit deutlicher Kritik an den Genossenschaftsmolkereien. „Es ist erschreckend, wie weit einzelne Konzernchefs auch bei Genossenschaften von der Basis ihrer Mitglieder entfernt sind“, sagte Schmal, der seit einem halben Jahr auch Vorsitzender des Milchausschusses des Deutschen Bauernverbandes (DBV) ist. Enttäuscht zeigte sich Schmal davon, dass die vom Bauernverband geforderte Branchenorganisation Milch am Widerstand der Molkereien vorerst gescheitert sei. Bei der stattdessen von fünf großen Genossenschaften unter Vorsitz des DMK gegründeten „Interessengemeinschaft Milch“ sehe er die Gefahr, dass das lediglich ein „Debattierclub“ bleiben könne. Das Beispiel Frankreich zeige aber, dass es eine umfassende Branchenorganisation brauche. Schmal sagte, auch bei uns müssten Bauernverband und Molkereien über die Menge sprechen, wenn ein Zuviel an Milch den Erzeugerpreis nach unten drücke. Die Anreize von EU und Bundesregierung zum Abbremsen der Milcherzeugung lobte Schmal, aber sie hätten noch mehr Wirkung am Markt gezeigt, wenn sie früher gekommen wären.

Der **Vorsitzende der AbL Niedersachsen, Ottmar Ilchmann**, bot Herrn Schmal in Sachen Branchenorganisation und Mengendisziplin die Zusammenarbeit an. „Sorgen Sie dafür, dass dann auch die Organisationen der Milcherzeuger wie der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter, MEG Milchboard und die AbL dabei sind, dann können wir zusammen etwas für die Milcherzeuger erreichen“, so Ilchmann. Bisher sei die Milchpolitik von Milchindustrie und Bauernverband aber fast deckungsgleich gewesen, weshalb auch der Bauernverband für die besonders harte Krise der letzten zwei Jahre mit verantwortlich sei. Ilchmann mahnte an, dass jetzt auf EU-Ebene endlich Instrumente eingeführt werden müssten, die solche Krisen verhinderten. Die Milchbauern bräuchten zudem Möglichkeiten, um eigenständig Druck auf die Molkereien ausüben zu können. „Deshalb müssen wir auch das Instrument der Branchenorganisation mit starker Vertretung der Milcherzeuger nutzen“, so Ilchmann.

Über die positiven Erfahrungen von Liefergemeinschaften im Bereich der Biomilch berichtete **Johannes Berger, Sprecher der Bio-MEG Nord**. Wichtig sei, als Erzeuger-Gemeinschaft bei den einzelnen Molkereien eine „kritische Masse“ der Bündelung zu haben, um gute Verträge und insbesondere auskömmliche Preise zu erreichen. Der Organisationsgrad der Biobauern sei erfreulich groß. Berger berichtete auch von Vorsorgemaßnahmen der Bio-MEG Nord zusammen mit Biomolkereien für den Fall, dass durch ein gewünschtes weiteres Umstellen von Kollegen kurzzeitig einmal ein leichtes Überangebot entstehen sollte. Derzeit gebe es aber keine Anzeichen dafür, dieses A-B-Preismodell einsetzen zu müssen.

Im letzten Vortrag der Milchtagung forderte **Wilhelm Spangenberg von der Arbeitsgemeinschaft LebensLinien (ALL)** die Milchbauern dazu auf, bei der Auswahl der Bullen bzw. Bullensperma auf die Gefahr der Inzucht zu achten. Die Zucht der schwarzbunten Holstein Friesian-Rinder habe sich in den letzten Jahren viel zu stark auf einige wenige Bullenlinien verengt. Der durchschnittliche Inzuchtwert sei über den kritischen Wert von sechs Prozent gestiegen. Es müsse dringend gegengesteuert werden.

Agrarzeitung Online - Milch | 6. März 2017 **Mengendisziplin bleibt das Schlüsselwort**

Die zarten Annäherungstendenzen zwischen Bauernverband und AbL finden eine Fortsetzung. DBV-Milchpräsident Schmal signalisiert auf der Milchtagung in Hardehausen Beweglichkeit.

Die traditionell nicht auf einer Linie argumentierenden Blöcke Deutscher Bauernverband (DBV) auf der einen Seite und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und MEG Milch Board auf der anderen Seite zeigen heute auf der Milchtagung, dass ein konstruktiver Austausch möglich ist. „Es gibt ein paar Punkte, an denen der deutsche Bauernverband seine Position ändern muss“, sagt Karsten Schmal, Präsident des hessischen Bauernverbandes und Milchpräsident beim Deutschen Bauernverband (DBV) heute auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Hardehausen.

Weniger Milch ist diskutierbar

Vor allem um das Schlüsselwort Liefermenge drehte sich die Tagung. Auch wenn der DBV das Wort Menge in der Vergangenheit nicht gerne in den Mund genommen hat, so zeigt sich der seit Sommer amtierende Schmal überzeugt: „Mengenbegrenzung in einer genossenschaftlichen Molkerei geht.“ Aufgabe des DBV sei es aber, sich dafür einzusetzen, dass dies alle Milcherzeuger stemmen könnten. Vom Turbomelker über den 200-Betrieb im Norden bis zum 15-Kühe-Stall in Bayern, so Schmal.

Weiterer Austausch geplant

Als „neuen Zungenschlag in der Milchpolitik“, würdigt Josef Jacobi, AbL-Urgestein und Vorsitzender der Upländer Molkerei den Besuch Schmals. „Ich habe das Gefühl,

dass man miteinander reden kann“. Auf den Vorschlag Jacobis, eine gemeinsame Hardehauser Erklärung abzugeben, reagierte Schmal zwar spontan noch zögerlich, doch stimmte er weiteren Gesprächen zu.

Rückenwind bekam die Idee Jacobis von einer Entwicklung in der vergangenen Woche in Mecklenburg-Vorpommern. Dort hatten das BDM Landesteam Mecklenburg-Vorpommern, die MEG Milch Board und die Erzeugergemeinschaft Nord MEG gemeinsam mit dem Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern ein Positionspapier verabschiedet. Darin sprechen sich alle Beteiligten für Mengenregulierungsinstrumente aus. Die Bandbreite reicht von freiwilligen bis zu obligatorischen Beschränkungen. Auch werden Milchkaufverträge, die Menge, Preis, Qualität und Lieferzeitraum regeln, klar befürwortet. (kbo)

Altmark-Zeitung - 25.01.17 - Von Marco Hertzfeld **Bürgerinitiative arbeitet an Schlachtplan gegen den Ausbau der Schweinemastanlage Wasmerslage:** **Fleischfarbener Protest formiert sich**

Die mit Jahresbeginn gegründete Bürgerinitiative (BI) gegen die geplante Erweiterung der Schweinemastanlage in Wasmerslage will an Schlagkraft zulegen.

„Wir werden die Leute wachrütteln und ihnen die Augen öffnen. In der Wische, einem einzigartigen Landstrich, soll eine regelrechte Tierstadt entstehen“, sagt der Rohrbecker Sasse empört. Das bedeute automatisch auch mehr Gestank, mehr Dreck, mehr Lärm und Verkehr auf den Straßen. . . . Und wen das alles nicht groß jucke, sollte sich eines bewusst sein: „Die Entwicklung kann sich durchaus negativ auf den Wert jedes Grundstücks und Hauses in der Gegend auswirken.“

Sasses Ehefrau Kerstin gehört ebenfalls zu den BI-Mitgliedern der ersten Stunde. Sie will die Folgen des möglichen Ausbaus von bislang etwa 10 000 Tierplätzen auf mehr als 46 000 nicht allein pragmatisch sehen. „Ich esse wenig Fleisch und schon gar keines aus Massentierhaltung. Und ja, mich berührt das Schicksal der Tiere, es geht mir ans Herz.“ Dass in einer ländlich geprägten Region wie der Altmark Schweine gehalten und gezüchtet werden, sei das Normalste der Welt und alles andere als zu verurteilen. „Es geht um die Dimension und darum, wie man es macht. Warum will der Mensch immer mehr und mehr? Das sind Auswüchse. Zu allem Überfluss wird so ein Fleisch auch noch sonst wohin exportiert. Entschuldigung, aber das ist doch pervers“, macht die gelernte Gärtnerin im AZ-Gespräch ihrem Ärger Luft.

Die altmärkischen Kommunen wollten touristisch zulegen, den demografischen Wandel kreativ gestalten, die Menschen in ihrer Heimat halten. „Wir haben hier eine beachtliche Lebensqualität, die Dunkelheit, die Stille, die Natur, eine Landschaft, von der andere träumen, einen Schatz. Daraus lässt sich doch etwas Nachhaltiges machen, es muss nur wachsen und wie so häufig sind Ideen gefragt“, glaubt der BI-Sprecher. Eine Mega-Schweinemastanlage sei für die Region alles andere als ein Jobmotor.

... Die ersten BI-Mitglieder sprühen vor Tatendurst und arbeiten bereits an einem Logo. Die zentrale Botschaft: „Stopp die Schweinerei!“ Wer schon vorher und darüber hinaus den

Kontakt zur BI sucht, nutze Tel. (039390) 82142 oder zen.fussball@gmx.de. Irgendwann könnten „fleischfarbene Großkreuze“ vor Häusern und an anderen Punkten aufgestellt werden, Protestformen gegen Atom- oder auch Kohlekraft ähnlich.

Die MESA Agrar GmbH will die Anlage in Wasmerslage, das zur Osterburger Ortschaft Königsmark gehört, erheblich ausbauen. Der nötige Antrag liegt dem Landesverwaltungsamt in Halle vor. Mitunter fehlten Unterlagen und Fristen wurden verlängert. Erste Bauarbeiten ließ die Behörde kurzerhand stoppen. Wann mit einer Entscheidung zu rechnen ist, konnte gestern in Halle noch niemand sagen.

NOZ - 06.03.2017

MANN AUS KREIS OSNABRÜCK VERURTEILT

Tausende Legehennen verhungert: Geldstrafe gegen Ex-Landwirt

Osnabrück. Weil er Tausende Legehennen verhungern ließ, ist ein ehemaliger Landwirt aus dem Altkreis Bersenbrück zu einer Geldstrafe von 2700 Euro verurteilt worden. Tiere darf er nicht mehr halten.

Den Veterinären des Landkreises Vechta bot sich ein grausiges Bild, als sie vor gut einem Jahr den Stall in Damme betraten: überall Knochen und Federn – die Überreste der bereits weitgehend verwesenen Legehennen. Auf 5000 schätzten die Tierärzte damals die Zahl der Kadaver. Im ganzen Stall habe sich „kein einziges Futterkorn“ mehr befunden, sagte eine Veterinärin am Montag als Zeugin vor Gericht aus.

Wie konnte es so weit kommen? Der Angeklagte schwieg und ließ seinen Anwalt für sich sprechen. Der erklärte, sein Mandant sei in Zeiten niedriger Eierpreise in finanzielle Schieflage geraten. Rechnungen für den Tierarzt, den Strom und eben auch das Futter blieben unbezahlt. In dieser Situation habe er kopflos reagiert. „Finanzielle Gründe sind keine Rechtfertigung“, rügte der Staatsanwalt den 60-Jährigen. Er habe die Tiere Hungern und Dürsten lassen bis zu deren Tod.

Warum er die Legehennen beispielsweise nicht zum Schlachthof bringen ließ, blieb unklar. Der Mann habe vor der Situation den „Kopf in den Sand gesteckt“, so die Richterin in ihrer Urteilsbegründung. Eine Vielzahl von Tieren sei „elendig verendet“. Sie verurteilte den Angeklagten zu einer [Geldstrafe](#) von 2700 Euro.

Keine Rolle spielten dabei rund 500 Kadaver, die die Veterinäre in einem zweiten Stall des ehemaligen Landwirts in der Einstreu entdeckt hatten. Nachträglich ließ sich nicht mehr klären, ob es sich dabei um „Schwund“ handelte, wie es der Verteidiger formulierte, oder ob die Tiere ebenfalls verhungert waren.

Der Landkreis Vechta hat unterdessen gegen den ehemaligen Landwirt ein Tierhaltungsverbot verhängt, das deutschlandweit gültig ist. Gegen ihn läuft zudem ein Verfahren wegen Insolvenzverschleppung am Amtsgericht Bersenbrück.

Uelzener Weidetierhalter-Veranstaltung zum Wolf: Für die rasche Regulierung von Wolfszahlen und Wolfsverhalten

Die Uelzener Stadthalle war voll bei der Veranstaltung „Wölfe – wie soll es weitergehen“ am 3.3.2017, veranstaltet vom **Verband Weidetierhalter Nordost-Niedersachsen (WNoN)**.

Nach der Begrüßung durch **Rudolf Michaelis** erinnerte **Landrat Blume** in seinem Grußwort an eine Resolution, den fast alle Fraktionen des Kreistags Uelzen kürzlich verabschiedet hatten:

Der **Kreistag** zu beschließt, die Landesregierung aufzufordern:

1. die Wolfsrichtlinie dahingehend zu ändern, dass sämtliche Schäden durch Wölfe vorbehaltlos ersetzt werden und die Beweislast zu Gunsten des Geschädigten umgekehrt wird – und diese Regelungen auch auf Hobbyweidetierhalter zu erstrecken,
2. für die Besenderung und Vergrämung von Wölfen Fachleute auszubilden und vorzuhalten und das bestehende Wolfsmonitoring weiter zu entwickeln,
3. die Spielräume des europäischen Artenschutzes umfassend zu nutzen und Problemwölfe, die Weidetiere reißen und sich Menschen bedrohlich nähern, konsequent zu entnehmen,
4. über eine Bundesratsinitiative prüfen zu lassen, ob die niedersächsischen Wölfe Teil einer Wolfspopulation mit günstigem Erhaltungszustand sind,
5. bei günstigem Erhaltungszustand über eine Bundesratsinitiative den Bund aufzufordern, auf die EU-Kommission zuzugehen mit dem Ziel, den Wolf vom Anhang IV in den Anhang V der FFH-Richtlinie abzustufen, um ein wirksames Bestandsmanagements zu ermöglichen,
6. anschließend zeitnah den Wolf in das Niedersächsische Jagdrecht aufzunehmen und
7. die von Umweltminister Stefan Wenzel in Uelzen zugesagte Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit umzusetzen.

Rüdiger Wnuck, Jäger und Naturfreund, schilderte anschaulich die Bedeutung der Weidetierhaltung und der Weiden als Trittsteine im Ökosystem, die für Pflanzen, Insekten und Vögel wichtig seien und auch von vielen anderen Tieren wie Dachsen oder Füchsen besucht würden (z.B. „auf der Suche nach dicken Mistkäfern in den Kuhfladen“). Dies werde bedroht durch den Wolf und auch durch die hermetische Abriegelung durch Wolfsschutzzäune: „Soll es nur noch die Tierhaltung in Turbomast-Anlagen geben und daneben den Wolf?“ Wnuck zeigte kein Verständnis dafür, dass eine einzelne Tierart wie der Wolf zu aufwändig und kostenträchtig geschützt würde – im Gegensatz zu anderen bedrohten Tieren wie dem Feldhamster. Er kritisierte die „abgehobenen und verklärten Theoretiker am grünen Tisch in Hannover“ und plädierte stattdessen für einen ehrlichen Umgang im Natur- und Artenschutz.

Edith Schröder vom Landfrauenverband Heidekreis forderte Umweltminister Wenzel auf, dem Wolf klare Grenzen und Distanzen zu setzen. Sie berichtete von der Angst, sich noch in der Natur zu bewegen oder die Kinder in Waldkindergärten zu bringen.

Heinrich Ehlen, Ex-Agrarminister und jetzt Verbandsvertreter der Land- und Grundbesitzer und auch der Jagdverpächter, prangerte nicht nur die kleinliche Regulierung bei Wolfsrissen und die beabsichtigte Verzaunung der Landschaft an, sondern forderte auch eine „geregelt Entnahme“ von Wölfen. Der Wolf gehöre ins Jagdrecht.

Martin Holm als Vorsitzender des Bundesverbands deutscher Fleischrinderhalter rief dazu auf, Grünland und bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten. Die Weidetierhalter seien zwar eine Minderheit in der Gesellschaft, könnten für diese Ziele aber gesellschaftliche Mehrheiten auch bei Wahlen erreichen. Man habe in den letzten Jahren immerhin erreicht, dass man sich in der politischen Rhetorik und in den Medien sachlicher mit der Bedrohung der Weidetierhaltung beschäftige.

Sehr eindrucksvoll und fachlich fundiert plädierte **Prof. Dr. Michael Stubbe** (Universität Halle, Gesellschaft für Wildtier- und Jagdforschung) für eine sachliche Konfliktlösung in Sachen Wolf. Die deutschen Wolfsrudel seien eindeutig genetisch identisch mit den Wölfen in Polen, Weißrussland und sogar Ostrussland, so dass deren Zahl (1.000 Wölfe allein in Deutschland und Polen) bereits bei weitem einen artenschutzrechtlich befriedigenden und notwendigen Zustand erreicht habe. Angesichts des in den nächsten Jahren zu erwartenden exponentiellen Anstiegs der Wolfszahlen müsse schon jetzt dringend agiert werden. Wenn man jetzt jährlich in Deutschland etwa 90 Wölfe schieße, bleibe die Populationszahl erhalten - es werde aber ein weiterer Zuwachs verhindert, der dann nur sehr schwer wieder reduziert werden könnte. Stubbe berichtete auch über Untersuchungen, die hohe Zahlen und Anteile von Nutztier-Wolfsrissen in anderen Ländern belegten und außerdem auch die Tötung von Menschen durch Wölfe.

Wolfsberater **Klaus Bullerjahn** kritisierte, dass in Sachen eines wirklich robusten Wolfsmanagements in den letzten beiden Jahren wenig geschehen sei. Er warnte vor der Übernahme der Wolfs-Zuständigkeit durch die Jägerschaft und dem damit ggf. verbundenen Akzeptanzverlust.

Der Vertreter des niedersächsischen Umweltministeriums, **Konstantin Knorr**, schilderte vor allem die geplanten Erweiterungen beim Ausgleich von Wolfsschäden. Es gebe einen Kriterienkatalog des Bundesamts für Naturschutz für die Bestimmung von Problemwölfen und einen Antrag im Bundesrat auf Definition eines „guten Erhaltungszustands“ der Wolfspopulation. Auf Warnungen vor möglichen Gefährdungen von Menschen wies er darauf hin, dass ja auch im Straßenverkehr ein Restrisiko verbleibe. Darauf erhob sich deutlicher Unmut im Saal, Zuhörer verwiesen auf die Kälte der Wolfszuständigen bei der Abwicklung von Wolfsschäden und auf das Desinteresse des Ministeriums an realistischen Lösungen.

Als besonders negativ vermerkten viele Zuhörer, dass Minister Wenzel nicht selbst nach Uelzen gekommen war. –en

NDR - 01.03.2017 18:18 Uhr

Weste: Wolf kommt Joggerin nahe

Eine Joggerin ist in Weste im Landkreis Uelzen von einem Wolf überrascht worden. Das Tier hatte sich nach Angaben des örtlichen Wolfsberaters am Dienstag der Frau bis auf 30 Meter genähert. Ein Schafhalter aus dem Ort war zufällig mit seinem Trecker auf der Kreisstraße 16 unterwegs und konnte die Frau auflesen. Trotz lauten Rufens sei der Wolf völlig unbeeindruckt geblieben, dann aber weitergelaufen, so der Schafhalter.

Der Uelzener Wolfsberater Klaus Bullerjahn sieht Handlungsbedarf. Es sei auffällig, dass sich die Wölfe im Landkreis zunehmend unbeeindruckt vom Menschen zeigen würden. Bullerjahn vermutet, dass bei dem Tier schon ein Gewöhnungseffekt eingetreten ist. Deshalb habe den Wolf das laute Rufen nicht beeindruckt.

Er empfiehlt dem niedersächsischen Umweltministerium nun, Vergrämungen auf wissenschaftlicher Basis durchführen zu lassen. Dazu gehöre beispielsweise, Wölfe zu besondern, ihre Laufrouen zu beobachten und die Tiere unter Umständen mit Gummigeschossen zu verschrecken. "Dem Tier muss klar gemacht werden, der Mensch kann wehtun", so Bullerjahn. Das könne man mit Gummigeschossen oder Knallkörpern erreichen, ohne den Wolf erschießen zu müssen.

Deutscher Tierschutzbund - 02.03.2017:

Tag des Artenschutzes:

Biber und Wolf sind Positiv-Beispiele in Deutschland

Anlässlich des Tags des Artenschutzes am 3. März verweist der Deutsche Tierschutzbund auf zwei Tierarten, die erfolgreich in Deutschland wieder Fuß fassen konnten: Waren Biber und Wolf in Deutschland nahezu bzw. komplett ausgerottet, stehen beide Arten heute unter Schutz und etablieren sich wieder. Obwohl die Rückkehr dieser Tiere ein voller Erfolg für den Artenschutz ist, kommt es immer wieder zu negativen Schlagzeilen.

Große Teile der Bevölkerung sehen Wölfe heute als Bereicherung der Natur an. Dennoch bestehen auch Ängste vor den vermeintlich gefährlichen Tieren, Tierhalter sorgen sich um ihre Schafe, Ziegen oder Rinder und Jäger sehen ihren Wildbestand gefährdet. Dämme, die von Bibern errichtet werden, lassen den Grundwasserspiegel steigen und kommen somit ebenfalls der menschlichen Landnutzung in die Quere. Immer öfter tauchen daher Stimmen auf, die den Abschuss von Biber und Wolf fordern oder auch ihre Aufnahme ins Jagdrecht. „Eine Herabsetzung des Schutzstatus wäre jedoch fatal und würden die jahrzehntelangen Bemühungen zum Schutz dieser Tierarten zunichte machen“, mahnt James Brückner, Leiter des Artenschutzreferats beim Deutschen Tierschutzbund. „Bereits jetzt gibt es über entsprechende Managementpläne zahlreiche Möglichkeiten, etwaige Konflikte mit Menschen möglichst gering zu halten und gleichzeitig Schutzmaßnahmen zu gewährleisten.“ Hier gilt es nach Ansicht der Tierschützer anzusetzen und Verbesserungen, zum Beispiel über Ausgleichszahlungen für Tierhalter und Landwirte zu erzielen.

Im Jahr 2000 bekamen wildlebende Wölfe erstmals in Deutschland, in Sachsen, wieder Nachwuchs. Seitdem haben sich auch in anderen Bundesländern mehrere Rudel angesiedelt. Das Beispiel des Wolfs zeigt, wie wichtig grenzübergreifende Naturschutzregelungen sind. Aufgrund des höchstmöglichen Schutzstatus innerhalb der EU gelang es den Tieren, ein Stück ihres Lebensraums auch hierzulande wieder zurückzuerobern.

Biber haben über Millionen Jahre Auenlandschaften in Deutschland geprägt und umgestaltet. Eine Vielzahl der heimischen Tier- und Pflanzenarten ist an diesen Lebensraum angepasst. Zahlreiche gefährdete Vogel-, Amphibien- und Insektenarten profitieren nun wieder von der Rückkehr des Bibers. Trotz erfolgreicher Wiederansiedlung der Biber werden ihnen oft Schlagfallen, die zur Bisam- und Nutria-Bekämpfung aufgestellt werden, zum Verhängnis. Ebenso wie auch der Wolf, ist der Biber zudem noch immer durch Fragmentierung seines Lebensraums bedroht. Ein weiterer Schutz beider Arten ist aus Arten- und Tierschutzsicht daher unerlässlich.

Einladung zur Frühjahrstagung der AbL Niedersachsen/Bremen

Der Wolf, die Gans, der Hof. Wie kann das gehen?

Koexistenz Wildtiere und Landwirtschaft.

Wer braucht welchen Schutz?

Am 26. März 2017 im Landhotel zur Linde,
Thedinghauser Straße 116, 27283 Verden

10.00 – 11.00 Uhr **Wolf und Weidehaltung**, Frank Fass, Wolfscenter Dörverden

11.00 – 11.30 Uhr **Wildgänse und Grünland**, Helmut Kruckenberg, TourNatur

11.30 – 12.00 Uhr **Statement** vom niedersächsischen Umweltminister Stefan Wenzel

12.00 -13.00 Uhr Fragen und Diskussion

Der Unkostenbeitrag für Referenten und Verpflegung beträgt für den Vormittag ohne Mittagessen 15,00 €.

Kreiszeitung - 03.03.17

Stadt holt überpflügte Wegeränder zurück

Bald werden Eichenpflocke eingeschlagen

Twistringen - Von Theo Wilke. Die Stadt Twistringen macht ernst. Sie will in der Vergangenheit überpflügte öffentliche Wegeseitenränder zurückholen, um sie als Ausgleichsflächen zu nutzen. Bürgermeister Martin Schlake, zurzeit erkrankt, hat bereits Ende 2016 betont: „Wenn die Acker Grenzen feststehen, werden Pflöcke eingeschlagen.“

Die ersten Ergebnisse einer Luftbildauswertung liegen für Heiligenloh und Rüssen vor. Betroffen sind etwa 7,2 Hektar beziehungsweise 6,5 Hektar. Im Frühjahr wird es Gespräche mit den Landwirten und Flächenpächtern geben. Jürgen Schulze (Die Grünen) meint: „Es ist gut, das Gespräch zu suchen und keine Front aufzubauen.“

Am Donnerstagabend hat die Stadtverwaltung dem Bauausschuss des Rates den neuesten Sachstand erläutert. Bereits im Juli 2015 hatte der Rat ein Handlungskonzept beschlossen. Carsten Werft, Fachbereichsleiter für Bau und Ordnung: „Erste Ortschaft bei der Umsetzung ist Heiligenloh. Sollte es nicht zur Flurneuordnung in Rüssen kommen, kann auch dort mit der Umsetzung begonnen werden.“ Im September 2016 habe man den Heiligenloher Ortsrat über erste Ergebnisse der Luftbildauswertung und das weitere Vorgehen informiert. Mit der Unteren Naturschutzbehörde sei im November abgestimmt worden, dass das Twistringer Wegeseitenränderkonzept grundsätzlich umgesetzt werden könnte. Gespräche gab es inzwischen auch mit den Windenergiebetreibern in Borwede. In Rüssen wurden die Pläne zur Rückführung der Wegeseitenräume an die Flurbereinigung weitergegeben, die die Wegeseitenränder in ihren Grünordnungsplänen berücksichtigt hat.

Die kartierten Wegeränder sind geprüft worden, ob sie sich als Kompensationsflächen für die Stadt eignen und anerkannt werden. „Als mögliche Form der Gestaltung bieten sich angesäte Blühstreifen mit und ohne Bäumen oder Hecken an“, so Carsten Werft. In Heiligenloh könnten etwa 4,4 Hektar umgewandelt werden. Wenn die Gespräche mit den Landwirten nicht gütlich verlaufen, „müssen die Flächen amtlich eingemessen werden“, heißt es aus dem Rathaus. Die Acker Grenzen würden mit Eichenspaltpfählen markiert, um ein erneutes Überpflügen zu verhindern.

Im Ausschuss wurde gefragt, wer die Aufmessung bezahle. Werft dazu: Wenn die Stadt mit ihrer Auswertung richtig liege, zahle der betreffende Nutzer. Wenn nicht, müsse die Kommune die Kosten übernehmen.

Torhüterin und Milchbäuerin

Ab Donnerstag, dem 9.3., beginnt auf www.mykuhtube.de eine Interview-Serie des Filmers und Landwirts Helmut Evers: mit der Torhüterin der Fußball-Nationalelf Almuth Schult und ihrer Schwester, der Milchbäuerin Annika auf deren elterlichem Bauernhof in Gartow (Lüchow-Dannenberg).

Das Allerletzte

„Wenn wir das Geld der EU nicht bekämen, müssten wohl viele Betriebe dichtmachen“, rief Kreislandwirt Adolf Tebel seine Berufskollegen dazu auf, „das Geld zu holen, so lange es noch möglich ist“. Es werde der Tag kommen, an dem die Verwaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) alles Geld für sich verbrauche.

... Die Landesregierung habe in den vergangenen vier Jahren „nichts auf die Reige gebracht“ ... Der Vorsitzende des Bauernverbands Nordostniedersachsen Thorsten Riggert: Früher sei man als Landwirt „wohin gefahren und hat auf den Tisch gehauen“, meinte er. Dann hätten „die“ schon gemacht, was man wollte. Das gehe heute nicht mehr, erklärte Riggert, man brauche heute sachliche Argumente, auch wenn die nicht in jedem Fall zum Erfolg führten...

(Kreisbauernverbandsversammlung Lüchow Dannenberg, Bericht der EJZ vom 3.3.17)

Die AbL Niedersachsen/Bremen e.V. übernimmt weder eine Freistellung von Rechten Dritter noch eine Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen die AbL Niedersachsen/Bremen e.V., die sich auf Schäden materieller Art beziehen, sind grundsätzlich ausgeschlossen.

Abbestellungen des Newsletter über: eckehard.niemann@freenet.de